

Moment den Balkanband gegen Österreich-Ungarn auszuweichen. Deshalb mußte man zur Stärkung der Position der Habsburger Monarchie und weil Abwarten als Schwäche ausgelegt werden könnte, ein Inzuchkommen durch die rechtzeitige Überwindung mit Serbien, um den jetzt im Gange befindlichen Entwicklungsgang aufzuhalten zu versuchen, was später zu tun nicht mehr möglich wäre. Auf die Befestigung des Grafen Tisa, der erklärte, sich nicht unbedingt zum Kriege entschließen zu können, da man auch durch einen entsprechenden diplomatischen Erfolg eine starke Vermittlung Serbiens erzielen könne, erklärte Berchtold, eine radikale Lösung sei nur durch energisches Einschreiten möglich. Auch Ministerpräsident Graf Stürgkh sprach, indem er sich auf die Meinung des Landeshefens in Bosnien, General Petkovic, berief, für einen kräftigen Schlag gegen die Serben ein. Der Vize-Botschafter erklärte, als oberster Bevollmächtigter Bosniens und der Herzegowina könne er sich mit einem diplomatischen Erfolg allein nicht zufrieden geben. Derselben Auffassung war der Kriegsminister, der daran erinnerte, daß die letzten Kriege stets ohne Kriegserklärung begonnen wurden. Trotzdem wies Graf Tisa nochmals auf die Furchtbarkeit eines europäischen Krieges unter den derzeitigen Verhältnissen hin und Graf Berchtold stellte als Ergebnis der Debatte fest: 1. daß alle Versammlungen eine rasche Entscheidung mit Serbien im kriegsrechtlichen oder friedlichen Sinne wünschten, 2. daß der gemeinsame Ministerialrat bereit wäre, sich der Ansicht des Grafen Tisa anzuschließen, erst mobilisiert werden sollte, nachdem konkrete Forderungen an Serbien gestellt und diese zurückgewiesen worden wären, 3. daß alle Anwesenden der Ansicht seien, daß so weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, die eine Abkehrung vor aussetzen ließen, damit eine radikale Lösung im Sinne eines militärischen Eingreifens angebahnt werde.

Tagesneuigkeiten. Neue Gesetze.

Das Reichsministerium des Innern ist zur Zeit mit der Vorbereitung einer großen Anzahl neuer Reichsgesetze beschäftigt, die durch das Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung notwendig geworden sind. Das wichtigste ist das Reichswahlgesetz, das nach den Artikeln 23 und 120 der Verfassung vorbereitet werden muß. Es wird die Bestimmungen über die Wahl des Reichspräsidenten und seiner Bestimmungen über die Volksabstimmung bei der Neuordnung von Staatsgebieten und endlich die Bestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheid umfassen. Ferner wird die Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof vorbereitet. Ein weiteres Reichsgesetz dient zum Vollzug des Artikels 13 Absatz 3 der Verfassung, wonach in Zweifelsfällen darüber, ob eine Landesrechtlich: Verfügung mit dem Reichsgesetz vereinbar ist, die Reichsbehörden die Entscheidung eines obersten Gerichtshofes des Reichs anrufen dürfen. Auf Grund des Artikels 31 wird ein Gesetz über ein Reichsverwaltungsgericht für das Deutsche Reich notwendig, ebenso ein besonderes Gesetz über die Entscheidung der Reichsgerichtsmitglieder und ihres Familienrechts. Das Reichsbeamtengesetz ist der neuen Verfassung anzupassen, ebenso sind die Rechte der öffentlichen Beamten zu regeln, die nicht Reichsbeamte sind. Das Gesetz über das Einkommen der bewaffneten Macht im Falle von Unruhen nach Artikel 48 der Reichsverfassung ist in Verbindung mit dem Reichswehrministerium an dem Reichsjustizministerium gleichzeitig in Vorbereitung. Weitere Gesetzentwürfe betreffen die Reichs- und Staatszugehörigkeit, die Freizügigkeit und die dazu gehörigen Staatsverträge, sowie endlich das Auswanderungsgesetz. Bei Artikel 118 Absatz 2 der Reichsverfassung ist die Frage zu prüfen, ob das Lichtspielwesen und die Lichtspielzursur vorerst der Landesgesetzgebung überlassen oder gleich durch Reichsgesetzgebung regelt werden soll. Ferner wird ein Gesetz vorbereitet über Schand- und Spottliteratur, den Jugendschutz bei öffentlichen Schaustellungen, Zwangsmassnahmen gegen die Verwahrlosung der Jugend und schließlich über die Grundzüge für die Regelung des Verhältnisses zwischen Volksschule und Religionsunterricht.

Im Reichsministerium des Innern ist unter der Leitung des Unterstaatssekretärs Schulz eine besondere Abteilung eingerichtet worden, die sich ausschließlich mit den kulturpolitischen Aufgaben des Ministeriums zu befassen haben wird.

Deutschlands Sanierung.

Berlin, 6. Sept. Nach dem Berliner Tagesblatt* erklärte der Vizepräsident der deutschen Reichsbank Dr. v. Glöckner, dem Berliner Vertreter des Währungsvereins „Hankelblatt“ gegenüber u. a.: Deutschland hat hier seinen Willen gezeigt, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Trotzdem erwarten wir, daß die Gegner schließlich das Inzuchkommen ihrer Forderungen einsehen werden. Einen Staatsbankrott müssen wir werden wie um jeden Preis verhindern. Alle verantwortlichen Personen sind sich darüber einig, daß ein Staatsbankrott einen Volksbankrott bedeuten würde und unabsehbare Verwüstung. Hunger und Elend mit sich bringen würde. Da aber der Staatsschuldposten des Deutschen Reiches die Zinsen der Kriegsanleihen sind, so ist es klar, daß die Lage erheblich besser wird, sobald mit Hilfe der Verabschiedung ein beträchtlicher Teil dieser Schuld abgetragen wird. Die deutsche Industrie wird mehr als in Friedenszeiten danach streben, gute Qualitätsware zu erzeugen. Und dadurch wird es uns mit der Zeit gelingen, die ausländischen Märkte wieder zu erobern. In erster Stelle eröffnet sich im Osten eine Exportmöglichkeit, weil die zerstörten Gebiete Polens und Rußlands für ihren Wiederaufbau die deutsche Hilfe brauchen werden.

Maßnahmen gegen die Aufsehung der deutschen Truppen in Rußland.

Berlin, 5. Sept. Im Reichskabinett wurde erneut die Lage in Rußland besprochen. Das Ergebnis der Beratung ist folgendes: Es bleibt bei dem Beschluß dringend schnelle Rücknahme Rußlands. Den Offizieren können andere Zusicherungen als den Soldaten der Reichswehr nicht gemacht werden. Die von den Truppen im Baltikum aufgestellten Forderungen sind zum größten Teil unerfüllbar. Von Offizieren und Mannschaften ist unbedingt Gehorsam gegenüber den Befehlen der Reichsregierung zu fordern. Ein Beharren in der Aufsehung würde den Abbruch der Verbindungen, d. h. Sperren der Löhne und der Verpflegung zur Folge haben, sowie strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen.

Berlin, 6. Sept. Im „Vorwärts“ veröffentlicht Reichskommisar Winnig eine ausführliche Darstellung über die Entstehung der verworrenen Verhältnisse im baltischen Osten seit dem 17. November 1918. Daraus geht es u. a.: In den Tagen der höchsten Not, als ich der letzten Regierung sagen mußte, daß alles ortlos sei und Rußland nicht mehr gehalten werden könne, erklärte sich die lettische Regierung bereit, allen deutschen Soldaten, die noch weiter für den Schutz des Landes kämpfen müßten, das Einbürgerrecht zu verleihen. Die sofort aufgenommenen Verhandlungen führten am 29. Dezember zu einem Vertrag, der dieses Zugeständnis der lettischen Regierung feststellte. Winnig schreibt sodann den Rückgang der deutschen Truppen an jenseits Januar und schreibt: Jetzt war die lettische Regierung sogar bereit, ersucht über die Aufsehung deutscher Soldaten mit mir zu verhandeln. Diese Verhandlungen fanden in Riga statt, haben aber nie zu einem Ergebnis geführt.

Die Volkswehr in der Pfalz.

Mannheim, 5. Sept. Die Pfälzervolke meldet: Stern fand in Frankenthal die erste öffentliche Versammlung statt, zu der sämtliche Parteien eingeladen hatten und die einen gewaltigen Besuch zu verzeichnen hatte. Der mehrheitlich sozialdemokratische Abg. Proffert hielt das große politische Reden über die ständliche Frage und sprach dabei das Totenurteil über die Postbesetzung aus. Die Hiesigen und Genossen versicherten er zum erstenmal öffentlich als Hoch und Landesvertreter. Die Vertreter der übrigen politischen Parteien traten sich in gleichem Sinne aus. Die Reden endeten mit dem Versprechen: Bei den Pfälzern Rede und Besanzenungsgesetz, damit sie ihre politischen Angelegenheiten selbst erledigen können; dann wird auch Ruhe im Lande eintreten. Eine Resolution in diesem Sinne wurde von den Teilnehmenden einstimmig angenommen. Am nächsten Sonntag finden gleiche Versammlungen in Speyer, Neustadt o. N., Zweibrücken, Kaiserslautern, Pirmasens, Landau usw. statt.

Amerika und der Frieden.

Washington, 6. Sept. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat agreed, daß der Friedensvertrag dem Senat mit 24 Vorbehalten überreicht wird, in denen eine Billigkeit bezüglich der Morde und bezüglich anderer Fragen verlangt wird.

Württemberg und die Brennstoffnot.

Das Wirtschaftsministerium hat, in der Absicht, durch eine einbrechende Rundgebung den einflussreichen Reichstagen die im Land herrschende Brennstoffnot nach den ersten Jahren Vorstellungen von Staatsminister und Landeskolonialstelle nochmals eindringlich vor Augen zu führen, und zugleich um den Verbrauch vorzuziehen Gelegenheit zu geben, persönlich ihre Wünsche anzubringen und sich über die von den verantwortlichen Landesstellen unternommenen Schritte zu unterrichten, in der vorzunehmenden Woche eine aus Vertretern der Industrie und der Arbeiter der Industrie, der Elektrizität und Gaswerke sowie der Hausbrandverwaltung bestehende Abordnung, darunter auch ein Vertreter der U.S.V., in das Reichswirtschaftsministerium und zum Reichskohlenkommissionar entsandt. Die Abordnung wurde unter Führung des Ministers Baumann und in Zusammenarbeit des württembergischen Geheimdieners von Unterstaatssekretär Hirsch empfangen. Nach einem eingehenden Vortrag des Ministers Baumann gab der Vorstand der württ. Landeskolonialstelle an Hand umfangreichen Materials einen Überblick über die große Notlage im Lande und stellte bestimmte Forderungen und Wünsche bezüglich der Befreiung der Kohlenversorgung Württembergs. Hieran behaupten die Mitglieder der Abordnung Gelegenheit, einzeln ihre Wünsche und Beschwerden anzubringen. Unterstaatssekretär Hirsch legte mögliche Berücksichtigung der Wünsche zu, äußerte lehrerliche aber auch Wünsche betr. Steigerung der Förderung durch Erhaltung von Arbeitskräften und Wohlfühlgelegenheiten (Garaden) aus Württemberg in die Bergbauwerke. Von Minister Baumann wurde die Erfüllung dieser Wünsche nach Möglichkeit zugesagt. Dem Reichskohlenkommissionar Geheimrat Stutz wurden am nächsten Tag die Wünsche der Abordnung nochmals durchgesprochen, wobei festgestellt werden konnte, daß ein Teil der von den Landesstellen gestellten Forderungen bezüglich einer verpfändeten Kalkulation nach Süddeutschland bereits teilweise erfüllt oder in Erfüllung begriffen waren. Auch wurde bezüglich der weiteren besonderen Wünsche teilweise unmittelbare Besorgen gemacht, teilweise deren Erfüllung nachprüfung vom Reichskohlenkommissionar versprochen.

Wilson über den Völkerverbund.

Amsterdam, 6. Sept. Der Pressedirektor Radio veröffentlicht ein Buchstück aus einer Rede Wilsons, in der er u. a. sagte, die Abschnitte des Völkerverbundes, die von wirtschaftlichen Fragen und der Schiedsgerichtsbarkeit han-

deln, würden den Krieg fern halten und ihn zu einer letzten Zuflucht machen. Das Herz des Völkerverbundes sei die Bestimmung, daß kein Krieg begonnen werden dürfe, bevor nicht neun Mächte, nachdem eine Streitfrage akut geworden sei, beschlossen hätten. Er sei sicher, daß Deutschland keinen Krieg anfangen haben würde, wenn es auch nur neun Tage hätte warten müssen. Die Verletzung der territorialen Integrität Belgiens habe den tatsächlichen Beginn des Krieges herbeigeführt. Der Artikel 10, der von der Verminderung der Verletzung der territorialen Integrität handelt, spreche zu dem Glauben der Welt Wilson forderte dann alle Amerikaner zu gemeinsamer aufrichtiger Arbeit auf. Er forderte gemeinsame Verteidigung sowohl von Kapital und Arbeit, als auch gemeinsame Verteidigung von Sozial, privaten Interessen und einzelnen Gruppen. Der Anfang und Schluß der Rede ist vom Pressebureau Radio nicht aufgefunden worden.

Von der Ratifikationsdebatte in Paris.

Paris, 6. Sept. Marcelle Sembat erklärte in seiner Rede in der gestrigen Sitzung der französischen Kammer: Charles Berol hat in seinem Bericht festgestellt, daß Danzig eine unpolnische Stadt sei. Gewiß habe man Polen einen Zugang zum Meere zustimmen müssen, das sei aber möglich gewesen, ohne Danzig aus Deutschland zu trennen. Man hätte es nur zu einem Festhalten machen sollen. Als Zukunftsfrage habe eine genau mit der Reichsregierung zu internationalisierende Vereinbarung genügt. So aber habe man aus einer deutschen Stadt eine polnische gemacht. Wie verhalte sich das mit dem Grundgesetz der freien Wahl der Bevölkerung? Danzig wird in demselben Augenblicke sein, in dem man ihm die Freiheit, deutsch zu bleiben, genommen hat. Die Wiederherstellung Polens sei von der gesamten Welt gewünscht worden. Trotzdem habe man diese Freiheit ausgeübt, daß für die nächsten Jahre für einen unpolnischen Krieg in sich liegt. Ganz Frankreich ist gegen Frankreich nicht nur die Solche, wissen, auch die revolutionären Sozialisten beklagen sich darüber, daß man sie verlassen habe. Denken und Reden müßten ein einziges Rußland. Trotzdem hätten die Allierten bereits Zusage gegeben, so in der Ukraine. Eine derartige Politik müsse Rußland in die Arme Deutschlands treiben. Deutschland werde es jetzt noch seiner Niederlage viel leichter kolonisieren können, habe doch die polnische Frage Frankreich, Deutschland und Rußland auf den Hals geladen. Den französisch-amerikanischen englischen Schugvertrag für die Sembrat befruchtend, wenn er etwas wäre. Man habe Deutschland nicht entworfen. Militärische Garantien hätten niemals eine politische Garantie ergeben. Man habe davon gesprochen, die deutsche Einheit zu zerstören, habe sie aber mit der politischen Einheit verwechselt. Die deutsche Einheit ist unzerstörbar, weil sie sich aus den Tatsachen ergebe und normal ist. Die künstliche preußische Einheit die der Krieg herbeigeführt hat, hätte man zerstören sollen. Das ist ein unerschütterlicher Fehler gewesen. Kurt Eisner nicht angründet zu haben. Wenn Frankreich die Regelung Deutschlands nicht verhindern wolle, müsse es ein Ideal der Gerechtigkeit und der wahren Rechte aufstellen. Es dürfe aber nicht das Schauspiel eines überlebenden Imperialismus geben, als sei jenseits der Allierten geschrieben. Vom Völkerverbund erwartet Sembat vor allem die Abklärung. Wenn er die erforderliche Sicherheit geben sollte, müßten ihm alle Staaten angehören; dann erst könnte man die Verantwortlichkeit am Krieges schließen und die Schuldigen bestrafen. Das sei dann kein Urteil der Sieger im Krieg, sondern ein Urteil der glücklichen Völker. Das allein sei Gerechtigkeit.

kleine Nachrichten.

Hamburg, 6. Sept. Die Hamburger Dornierwerke „Reihersing“ der Mineralwerke Albrecht und Co. ist mit Ballast unter deutscher Flagge als erstes Schiff nach den Vereinigten Staaten (Panama) abgegangen. Das etwa 2000 Tonnen fassende Fahrzeug soll mit einer Ladung Mineralöl in Ostsee nach hier zurückkehren.

Bonn, 5. Sept. Die holländische Presse gibt eine Nachricht der „Evening Mail“ wieder, wonach das holländische Abgänger mit dem Kronprinzen im Oktober d. J. die Vereinigten Staaten besuchen wird.

Washington, 5. Sept. Reuters. Das Schahamt gibt bekannt, daß Italien ein Kredit von 17 Millionen Dollar genehmigt werden ist.

Hong, 6. Sept. Nach einem Telegramm des „Nieuwe Rotterdammer Courant“ aus Boston sollte die Präsident der amerikanischen Steel Corporation für die sofortige Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland und Österreich ein, um die internationalen Handelsbeziehungen wieder in Ordnung zu bringen. Er sagte, die Vereinigten Staaten müßten die weniger glücklichen Länder finanziell unterstützen, um ihnen zu ermöglichen, ihre Produktion und Kraft wieder herzustellen. Amerika stehe vor dem heftigsten kulturellen Kampf, den die Geschichte kenne. Die amerikanische Handelsflotte sei der besten Handelsflotte gleichwertig und zu diesem Kampf notwendig. Der amerikanische Dollar müsse als universelle Handelswährung für den Rest der Welt werden.

Helsingfors, 5. Sept. Der schwedische Dampfer „Fog“ ist von einem Feuerschiff nach Hong abgebrannt worden, weil er mit Waren nach Petersburg unterwegs war. Der Vorfall macht die Frage, ob gegen Rußland eine Blockade besteht zu einer dringlichen. Hinter dem finnischen Vorgehen dürfte die Entente stehen.

Bonn, 5. Sept. Nach der „Verrechnung“ sollen die Vereinigten Staaten dem internationalen Wirtschaftsrat beigetreten haben, daß sie sich gezwungen sehen, die Wirtschaft-



lieferungen nach Europa einzuschränken. Es könne nur noch etwa die Hälfte der in Aussicht gestellten Menge — und zwar bereits in verarbeitet — ausgeführt werden.
Bern, 5. Sept. Wie „Siccolo“ aus Rom erzählt, plant Mail, die italienische Kammer am 24. Sept. aufzulösen. Bis zu diesem Tage müßte daher der Verfall der Friedensvertrag ratifiziert worden sein.
Bern, 5. Sept. Kauf „Siccolo“ sind in Rom Nachrichten eingegangen, nach denen in Ägypten eine neue nationalpolitische Bewegung im Gange ist. Die Unabhängigkeitsbewegung habe auch auf Kreise übergriffen, die bisher indifferent geblieben waren.
Bern, 5. Sept. Nach der Pressevergabe werden Vertreter der englischen Industrie nach Rom kommen, um Aufträge abzuschließen, die die Elektrifizierung der italienischen Staatsbahnen betreffen.
Bern, 6. Sept. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Paris meldet, soll nach vor Sessionsschluss der Jahresgehalt der Abgeordneten auf 15000 Francs aus Trümmern erhöht werden.

Vermischtes.

Englische Weierpolitik. Berlin, 6. Sept. Aus Dänien berichtet die „Vossische Zeitung“, daß ein englischer Milliardengraber an einem Tage 50 fährande Vögel zu 3-5 Monaten Gefängnis verurteilt hat, weil sie eine englische Kriminalliste nicht befragt hätten.
Banknotenfälscher. Berlin. Die Polizei in Potsdam verhaftete, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, zwei Fälscher aus Berlin, die im Wartenhaus Althoff für 12000 Mark fälschliche Banknoten in Zahlung gegeben hatten. In ihrem Besitz fand man noch größere Posten gefälschter Banknoten.
Waldbrand im Harz. Wie dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet wird, noch im Oktober unermitteltbar bei Thale ein großer Waldbrand aus, dem große Waldbestände am Kottbawerberg zum Opfer fielen.
Fliegerabsturz. Leipzig, 5. Sept. Heute Vormittag ist der Geflügel-Direktor Frische mit einem Flugzeug der Automobil- und Aviatik A.G. abgestürzt. Die Ursache des Unglücks dürfte in einem Materialfehler zu suchen sein. Es ist nicht bekannt, ob sich in letzter Frontalität als hervorragender Kampfflieger bewährt und was von der Heeresverwaltung der Automobil- und Aviatik A.G. zum Einlegen von Kampfflugzeugen und Versuchsfliegern zur Verfügung gestellt wurden.
Flug um die Welt. Dem „Berl. Lokalanz.“ zufolge hat ein amerikanischer Rechtsanwalt in Seattle einen Plan von 1000 Meilen Land für einen Flug um die Welt am Äquator entlang ausgelegt.
100000 Getreide verbrannt. Berlin. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Rastatt erzählt, hat in Bari eine Feuersbrunst 100000 Sack Getreide zerstört.
Brennendes Boot. Mainz, 4. Sept. In der Rulhbühne geriet heute vormittag ein französisches Boot in Brand. Dabei wurden 4 franz. Soldaten getötet und einer schwer verletzt.
Gebung goldener Schätze. Berlin, 5. Sept. Wie der „Berliner Lokalanz.“ meldet, berichtet „Leipzig Cyronce“, daß bis zum 1. September 450 ginkbeue oder verlesene englische Schiffe im Wert von 800 Millionen Wertes nach Mainz abgeholt wurden. Außerdem konnten aus dem verlesenen Dampfer „Kazentle“ zahlreiche Goldbarren im Wert von 40 Mill. Mark geborgen werden.
Reisepfad Spiele. Wie wir erfahren, hat Spielleiter Karl Kaufmann-Ullrich aus dem Redakteur Max Schäling (Hohenhausen) verfaßte Werk „Reisepfad“ erworben und beabsichtigt eine Rundreise durch ganz Deutschland.

Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 8. September 1919.

Vom Rathaus. Unter dem Vorsitz des Herrn G. A. Käfer hat am Donnerstag abend wieder eine Sitzung des Gemeinderates stattgefunden. Ein Besuch des Herrn Landtags-Präsidenten zum Zweck der Überzeugungsgewinnung zum Bau eines Wohnhauses in der Halberstadterstraße wurde beschlossen. Ferner wurden die letzten Verfügungen seitens der Stadt, insbesondere die Anweisung von Steuern, wie in den vorhergehenden Fällen, genehmigt. Über die Wahlfrage entstand eine kurze Aussprache, da der in Aussicht genommene Plan durch das Stadtdirektorat zur einseitigen Behauptung für 3 Wochen abgelehnt ist. Von allen Seiten wurde auf die Feststellung Wert gelegt, daß der Neubau des Herrn Käfer so angelegt werden müsse, daß er das zu erzielende Ziel nicht beeinträchtigt. Es wurde daher einstimmig beschlossen, daß die Platzteilung durch das Stadtdirektorat unter Berücksichtigung des schon bestehenden Planes zu erfolgen habe. (Schluß folgt.)
Freigabe der Schätze. Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums aus dem Reichs-Verwaltungsamt, wonach die Bezugspflicht für sämtliche Schätze aufgehoben ist.
Schwarzwalder Milchverkaufsgenossenschaft. Die Milchereigenossenschaften und Milchhändler im Bezirk Magdeburg, Calw und Herrensberg, welche nach Vorliegen der Milch liefern, wollen sich nun zu einem Verband zusammenschließen. Unter dem Namen „Schwarzwalder Milchverkaufsgenossenschaft“ ist mit dem Sitz in Wildberg eine entsprechende Genossenschaft gegründet worden. Vorstand bilden die Milchwirte Dietrich in Warten, Landwirt und Milchhändler K. Wörner in Wildberg und Milchhändler D. Honschmann in Liebsberg O. Calw. Die Gr-

schäftsleiterschaft wird am 1. Oktober aufgenommen. Am Montag den 15. Sept. findet im Gasthaus „Traube“ in Magdeburg vom 11 Uhr die Generalversammlung statt, in welcher die Geschäftsordnung festgelegt werden soll. Hierzu haben auch diejenigen Interessenten Zutritt, welche sich noch nicht angeschlossen haben. Der Zusammenschluß aller an der Milchlieferung beteiligten Kreise ist dringend notwendig und nur zu befehlen.
Kartoffelbewirtschaftung. Das Reichs Ernährungsministerium erließ unter dem 4. September die Verordnung für Bewirtschaftung der Kartoffeln im laufenden Wirtschaftsjahr. Die öffentliche Bewirtschaftung, insbesondere die Vorschriften über Sicherstellung und Lieferung, sind eintreffend erhalten, da bei Freigabe des Handels erhebliche Preissteigerungen und in deren Gefolge Lohnkämpfe und Unruhen unausbleiblich erschienen. Die erste Ernte mit Ausnahme der Selbstverforgung und Wirtschaftsmenge ist wie bislang sicher zu stellen. Die Wochenration beträgt 7 Pfund, dazu für November bis Januar 2 Pfund Zulage. Die unmittelbare Umverteilung auf Bezugsstellen ist wesentlich erleichtert. An Saatgut sind 10 Zentner für jeden Morgen zugelassen. Die Festlegung der Schwundprozente bleibt nach Maßgabe des Entschlusses vorbehalten.

Aus dem übrigen Württemberg.

Calw, 8. September. Herr Bahnmeister Stoll in Schwannheim ist auf Ansuchen nach Calw versetzt worden.
Wildbad, 8. Sept. Der Bezirksnotar Kupf von Wildbad ist an das Bezirksnotariat Biberfeld versetzt worden.
Freudenstadt, 6. Sept. In der auf gestern abend 8 Uhr anberaumten außerordentlichen Sitzung des Gemeinderats konnte auf Grund telephonischer Unterredung mit dem nach Stuttgart einreisenden Vertreter der Stadtgemeinde die beabsichtigte Forderung gemacht werden, daß die Protokollführung des Bezirkes mit inländischem Mehl vorerst auf mindestens 4 Wochen gestrichen und die erste Notion abgehoben ist. Die bereits anberaumte Abstimmung der Protokolle wurde wieder rückgängig gemacht.
Freudenstadt, 6. Sept. Der derzeitige Amtseisenmeister des Stadtkreislandes, Landgerichtsrat Gemeinderat Kentschler, hat sich auf einseitiges Ansuchen nunmehr bereit erklärt, eine allseitige auf ihn entfallende Wahl als Sachwalter anzunehmen.
Heubach, 8. Sept. Ein schwarzer Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch nachmittag bei Vertreibungen an dem Bau des zweiten Geleis Nord-Nordost. Der an der Rollbahn neben dem Schienenstrang beschiffte Wendeln Müller von Vertreibungen überfuhr das Herannahende Schnellzug aus der Richtung Sulz um sich rechtzeitig aus der Nähe des Geleises zu entfernen. Er wurde von der Lokomotive des Schnellzugs erfasst und zur Seite geschleudert. An dem schweren inneren Verletzungen wachte er hierbei erlitten ist er gestorben.

Stuttgart, 6. Sept. Gestern nacht hat eine 55 Jahre alte Frau in einem Hause der Endwagengasse einen Schlaganfall erlitten. Dabei wurde der Boden des Hauses herausgehoben. Er traf die Frau an den Fuß und schlug ihr den linken Hinterkopf ab.
Stuttgart, 6. Sept. Gestern abend hat im Hauptbahnhof an der Verbindung zwischen Bahnsteig III und IV ein Unfall, an dem Feuerwerkskörper beteiligt, von einem Festzugzugegangen. Der Inhalt des Pakets entzündete sich. Folger des Knackens blühte das Publikum von den Bahnhofshallen nach der Straße. Dabei kamen mehrere Personen zu Schaden, sonst ist niemand verletzt.
Stuttgart, 6. Sept. Die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Sindelfingen entläßt in nächster Zeit nicht weniger als 200 Arbeiter und etwa 150 Beamte wegen unzureichender Betriebs- und Arbeitsmangel. In dem Werke könnten 5000 Arbeiter beschäftigt werden. Die Zahl der jetzt dort beschäftigten Arbeiter ist nicht bekannt.
Freudenstadt, 4. Sept. Infolge der Wasserwehre kam es auf dem gestrigen Wochenmarkt zu einer kleinen Revolte. Eine von der Arbeiterschaft gewählte Kommission hat die Verkaufspreise festgesetzt. Da diese aber von den Händlern nicht eingehalten und die Vorräte teilweise veräußert wurden, so haben die Arbeiter die Waren hervor, die dann zu den festgesetzten Preisen verkauft wurden. Sogar der Gemeindevorstand wurde in den Fabriken proklamiert. Nachmittags fand eine Volksversammlung statt. Mehrere Arbeiter drangen in die Brauerei zum Bier ein. Im Verlauf der Bewegung ruhig verlaufen und die Arbeit wieder aufgenommen worden.
Sulz a. N., 6. Sept. Im Schloß von S. Schlinger Schloß ist vergangene Nacht Feuer ausgebrochen, das rasch um sich griff und in kurzer Zeit das Gebäude niederlegte. Dem raschen Eingreifen der Feuerwehr ist es gelungen, die bedrohten Nachbargebäude zu schützen und das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Entschädigungssache ist bis jetzt unbekannt. Der Schaden an Gebäuden, Maschinen und Inventar ist bedeutend.

Handels- und Marktberichte.

Freigabe der Baumwolle.
Berlin, 6. Sept. Der geschäftsführende Ausschuss der Reichswirtschaftsstelle III: Baumwolle hat am 20. 8. 1919 eine entsprechende zwingende Erlasse in sechs Punkten über den Zwangsverkauf in Baumwolle beschlossen. Auf Grund dieses Beschlusses sollen die von 31. 8. 1919 in den Spinnereien und in Privatbesitz vorhandenen unverschickten oder in Verarbeitung befindlichen beschlagnahmten Baumwollspinnstoffe dem Eigentümer auf Antrag freigegeben werden. Voraussetzung für die Freigabe ist, daß der An-

tragsteller für jedes Kilogramm des freigegebenen Spinnstoffes eine Abgabe zahlt, ungefähr dem Unterschied zwischen dem Höchstpreis und dem Tagespreis gleichkommend. Die Abgabe wird von einer Kommission festgesetzt. Die beschlagnahmten Baumwollgarne bleiben nach wie vor beschlagnahmt. Sie werden wie bisher durch die Garnverwertungsstelle Berlin, Krausenstr. 17/18 an die in Frage kommenden Verbraucher für die Reichslandwirtschaftlichen Anstalten zugeteilt. Das Reichswirtschaftsministerium hat diesem Beschlusse zugestimmt. Der geschäftsführende Ausschuss der Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle hat weiter beschlossen, daß das Ergebnis der vorstehenden Abgabe in erster Linie zur Gewährung eines Ausgleiches an diejenigen Garnverbraucher dienen soll, die infolge der eingangs erwähnten Spinnstoff-Freigabe die ihnen für die zweite Garnausstattung zuzurechnende Garnmenge ganz oder teilweise nicht mehr erhalten können. In zweiter Linie sollen aus dem Ergebnis der Abgabe an solche Industriezweige Zuwendungen erfolgen, als damit die Verbilligung von Verbrauchsgegenständen des Volksbedarfes erreicht wird und geboten erscheint. Der Rest soll dem Reich zur Verbilligung von im Inland hergestellten Baumwollgarnen des Volksbedarfes zur Verfügung gestellt werden. Die Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums über die Verteilung der Abgabe steht noch aus.

Berlin, 5. Sept. Nach der Deutschen Allgemeinen Zeitung sind die Ergebnisse der Leipziger Messe sehr günstig. Infolge des Eingetretens der Rundschaft aus den feindlichen Staaten sind die früheren geschäftlichen Verbindungen wieder angeknüpft worden. Die Einkäufer aus Nordamerika und England haben effikative Aufträge erteilt, während die Franzosen in der Hauptsache sich zu unterrichten suchten und die Erstellung von Aufträgen durch Besuch der Fabrikplätze in Aussicht stellen. Die Amerikaner haben großen Bedarf namentlich in Fertigwaren geltend gemacht. Auch Südamerika, Italien, Spanien und Polen waren unter den Einkäufern vertreten. Was die Beteiligung der Inlandwirtschaft anbelangt, so ist sie in Bezug auf Aufträge sehr zurückhaltend geblieben, wohl in Erwartung des Abbaus der Preise.

Münchener Hopfenmarkt. Originalbericht. Obwohl mit Beginn dieser Woche die Saison 1919/20 schon Anfang genommen hat, konnte sich am Markt doch kein richtiges geschäftliches Leben entwickeln, da infolge der verspäteten Ernte die Inhaber nur spärlich eintreffen, für Hopfen älterer Jahrgänge 2 St. aber fast gar kein Interesse besteht. Neu eingetroffen sind wieder 20 Ballen Letzjähriger Frischhopfen, schön in Farbe, fein und qualitativ, von denen der größere Teil zu 400 und 405 M., 2 Ballen davon zu 500 M. verkauft wurden. Aus der Hakerstau waren 3 Ballen eingegangen, die zwar in der Goldenbildung zufriedenstellend, hinsichtlich der Trockenheit aber recht viel zu wünschen übrig ließen und deshalb auch keinen Liebhaber fanden. Auf dem Markt fanden einige größere Käufliche in Höhe von 200-250 M. statt. — Nach den Mitteilungen von Spalt, Walsdorf (Hallerstau) und verschiedenen Württembergern hat die Ernte nun allseits begonnen, jedoch schon in den nächsten Tagen eine bedeutendere Marktlage zu erwarten steht.
Preisbericht, 6. Sept. Auf dem heiligen Schwelmermarkt waren zugeführt: 163 Stroh-Mischschmalz, Erbsen pro Paar 170-180 M.; 9 Stroh-Käufschmalz, Erbsen pro Paar 140-160 M. Verkauf flau.

Letzte Nachrichten.

Wien, 6. Sept. Die Nationalversammlung nahm nach längerer Aussprache den vom Hauptauschuss vorgelegten Antrag an, wonach gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes Deutsch-Osterreichs durch den Friedensvertrag Einspruch erhoben und der Staatskanzler beauftragt wird, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der Einspruch wurde einstimmig, der Antrag an den Staatskanzler mit 97:23 St. angenommen.
Rotterdam, 6. Sept. Wie die Londoner Morningpost aus Tokio meldet, hat Japan die Hilfsschiffung aller deutschen Kriegsvorgänger, beginnend ab 15. Oktober, angeordnet.
New York, 8. Sept. In der Nähe der Stadt explodierte ein Munitionslager, wodurch in der Stadt selbst großer Schaden entstand.
Brüssel, 8. Sept. Der frühere Staatsminister Dr. Hefflich hatte ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem er die Frage nach dem gegen ihn einzulegenden Strafverfahren aufwarf. Ernt erwidert nun, daß das Reichskabinett auf Veranlassung Erzbergers Strafantrag beim Justizministerium gestellt habe.
Berlin, 8. Sept. Die deutsche Regierung hat an die Entente eine Entschuldigungsverweigerung wegen des gescheiterten Verhaltens der deutschen Truppen in Russland gerichtet, in der sie sich außerstande erklärt, den Gehorsam der Truppen zu erzwingen.
London, 8. Sept. Nach einer Meldung der „Times“ aus Nioms hat der kanadische Senat den Friedensvertrag ratifiziert.
Peking, 8. Sept. Mehrere Mitglieder des Hochadels wurden wegen angeblicher Umsturzpläne verhaftet.
New York, 8. Sept. Senat ersuchte die Untersuchungskommission über die Schuld des Kaisers am Krieges sei zu dem Resultat gekommen, daß ein strafrechtlich verfolgbares Verbrechen hier nicht vorliegt.

Amstliche Kurse

mitgeteilt von der Bankfirma Boer & Co., Rotterdamsche I. B.

3% Reichsanleihe	78 1/2	Wilm. Gl. Akt.	174
4% Württemberg	80 1/2	Badischer	101 1/2
4% Bad. Eisenb. Anl.	80 1/2	Reichs. Gl. Anl.	103 1/2
3 1/2% do. cons.	91 1/2	Österr.	182 1/2
4% do. cons.	78	Süd. Anl. u. do. Akt.	330 1/2
		Deutsche Reichs-Anl.	184 1/2

Doll. Schweiz 100 Franken = 4 884 1/2
Holland 100 Gulden = 4 822



